

Friedliche Revolution. Deutsche Einheit. Vereinigtes Deutschland?

Eckhard Jesse

Peaceful Revolution. German Reunification. Unified Germany?

Abstract: Recent research on processes of the GDR's transition as well as of the German Reunification and on classifying the Federal Republic of Germany – after more than 60 years of its existence – as a stable democracy (or one at risk) is defined more by contemporary history than by political science. Nevertheless, a more comprehensive political science approach is needed to analyze the system change in the GDR, the German Reunification and its long-term effects.

Keywords: System Change / Transition, Peaceful Revolution, German Reunification, History, Germany

Schlagwörter: Systemwechsel, Friedliche Revolution, Deutsche Einheit, Geschichte, Deutschland

1. Einleitung

Wer hätte – sagen wir – vor 30 Jahren, als der NATO-Nachrüstungsbeschluss die Gemüter in der Bundesrepublik Deutschland heftig bewegte, eine deutsche Einheit unter friedlichen und westlichen Vorzeichen in absehbarer Zeit für möglich gehalten? Die Frage ist rhetorischer Natur. Gleichwohl muss deswegen die Aussage Klaus von Beymes von einem „schwarzen Freitag für die Sozialwissenschaften“ (Beyme 1994, S. 35) nicht stimmen. Die Prognosefähigkeit der Politikwissenschaft ist naturgemäß nur begrenzt. Sie hat weder die westliche Studentenbewegung noch das Aufkommen des radikalen Islamismus noch den „arabischen Frühling“ 2011 vorhergesagt, um drei markante Beispiele zu nennen. Anders fällt die Antwort aus, wenn es um die Beurteilung der DDR-Forschung geht. Zwar ist eine pauschale Schelte unangebracht, doch hat ein beträchtlicher Teil der politikwissenschaftlichen DDR-Forschung bestimmte Themen ausgeblendet oder heruntergespielt (etwa Repression auf der einen Seite, „alternative“ Bestrebungen auf der anderen). Nicht die Überschätzung der Stabilität ist fragwürdig, wohl aber die unzureichende Berücksichtigung der Frage nach der demokratischen Legitimität des zweiten deutschen Staates. Stellvertretend für andere sind die Studien Gert-Joachim Glaeßners zu nennen (Glaeßner 1988, 1989).

Im Herbst 1989, als die politische Führung der DDR am 7. Oktober ihren 40. Jahrestag feierte, brach die kommunistische Diktatur zusammen. Kein Jahr später war Deutschland vereint, jedenfalls staatsrechtlich. Die Einheit folgte der Freiheit auf dem Fuße. Was sich in der DDR abspielte, geschah auch anderswo. Der Untergang des Kommunismus glich einem Flächenbrand und kam – wie erwähnt – überraschend. Die Wissenschaft, und keineswegs nur sie, hatte die Agonie des

Kommunismus nicht erkannt. Selbst Zbigniew Brzezinski, einer der wenigen weit-sichtigen Köpfe, der von einem „gescheiterten Experiment“ gesprochen hatte, hielt die DDR noch Ende der Achtzigerjahre für stabil und überlebensfähig (Brze-zinski 1989, S. 283). Überall in Europa trat der Kommunismus von der politi-schen Weltbühne ab (Dalos 2009). So löste sich das ‚Vaterland aller Vaterländer‘ 1991 auf. Die Parallelen zu Deutschland sind zwar für die Freiheit zutreffend, nicht jedoch für die Einheit. Aus der Sowjetunion gingen ebenso zahlreiche Staa-ten hervor wie aus Jugoslawien. Und die Tschechoslowakei spaltete sich am 1. Ja-nuar 1993 in Tschechien und die Slowakei auf.

Der folgende Bericht will mehr als 20 Jahre nach den weltbewegenden Ereig-nissen und nach der deutschen Einheit die einschlägige Literatur auf drei zentrale Punkte hin prüfen: die Ursachen des Systemwechsels in der DDR; den Vollzug der deutschen Einheit, zum einen mit Blick auf das ‚Vereinigungsjahr‘ 1990, zum an-deren mit Blick auf die folgende Zeit; die Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, die mittlerweile so lange besteht wie das Kaiserreich und die Wei-marer Republik zusammen, mehr als 60 Jahre nach ihrer Gründung als gefestigte oder als gefährdete Demokratie. Dabei geht es um die Forschung, nicht um die Vielzahl der häufig kurzatmigen publizistischen und politischen Stellungnahmen. Für jeden der drei eng zusammenhängenden Bereiche sind vier neue Werke ausge-wählt worden, in der Regel Monografien, in zwei Fällen gewichtige Sammelbän-de: 1. Kowalczyk (2009), Neubert (2008), Schuller (2009), Richter (2009); 2. Henke (2009), Rödder (2009), Schroeder (2010), Görtemaker (2009); 3. Geh-ler (2010), Conze (2009), Ipsen (2009), Schwarz (2008).

Gilt der Sturz der SED-Diktatur als Revolution? Wie ist die Art des System-wechsels zu kennzeichnen? Wie verlief der Prozess der deutschen Einheit? Han-delt es sich eher um eine erweiterte Bundesrepublik oder um eine neue? Ist die Bundesrepublik Deutschland durch Stabilität gekennzeichnet? Welchen Beitrag steuern Politikwissenschaftler zur Beantwortung dieser Komplexe bei? Diese Fra-gen stehen im Vordergrund.

2. Friedliche Revolution

Zum folgenschweren Umbruch in der DDR sind neben zahllosen Sammelbänden (z. B. Conze et al. 2009) jüngst drei Monografien erschienen – von Ehrhart Neu-bert (Jahrgang 1940), der mit zu den aktivsten Bürgerrechtlern gehörte und aus dessen Feder ein Mammutwerk zur DDR-Opposition vorliegt (1997); von Ilko-Sascha Kowalczyk (Jahrgang 1967), der in der DDR am beruflichen Vorwärts-kommen behindert wurde und immer wieder intensiv zur DDR-Geschichte publi-ziert; von Wolfgang Schuller (Jahrgang 1935), den als westdeutschen Althistoriker die Entwicklung der DDR bereits vor 1989/90 umgetrieben hatte.¹ Alle verwen-den sie im Ober- oder Untertitel den Begriff der Revolution, verwerfen den teils nichtssagenden, teils irreführenden Begriff der „Wende“, der sich vornehmlich bei

1 Einige seiner publizistischen Stellungnahmen vornehmlich vor dem Herbst 1989 sind später in gebündelter Form vorgelegt worden (Schuller 2006). Allerdings bestätigen die Artikel den Unterti-tel so nicht.

der Masse der Menschen einer großen Beliebtheit erfreut, nicht zuletzt wegen seiner Kürze, dem es aber an Prägnanz gebricht. Überzeugend begründet zumal Kowalczuk, warum die Vorgänge in der DDR eine Revolution waren.

Die Studien sind ähnlich – und doch unterschiedlich. Die Analogien beziehen sich auf den Nachweis der mangelnden bis fehlenden Legitimität des SED-Systems, die eingehende Schilderung des keineswegs linearen Verlaufs sowie auf die Rahmenbedingungen. Das Zusammenwirken von Flucht- und Demonstrationsbewegung (Hirschman 1993; Pollack 1999) brachte die Diktatur zum Einsturz. Der Mut der oppositionellen Kräfte wird stark herausgestrichen. Dabei kommt vielleicht die Schwäche des Staates, der zunehmend ohne den „großen Bruder“ dastand und dessen Ideologie entkräftet war (Süß 1999), vielleicht etwas zu kurz, wie überhaupt die außenpolitische Konstellation eher stiefmütterlich behandelt wird (Plato 2010; Zelikow u. Rice 1999). Denn die SED-Diktatur ist letztlich zusammengebrochen, weil die Sowjetunion unter Michail Gorbatschow die Breschnew-Doktrin mehr oder weniger aufgegeben hatte.² Auch die zum Teil utopischen Verheißungen der Bürgerbewegung (Geisel 2005; Thaysen 1990, 2000), die nicht nur in Berlin stark an einem dritten Weg orientiert war, kommen nicht immer hinreichend zur Sprache.³ Ungeachtet dessen: Es sind drei höchst lesenswerte Monografien entstanden. Die Studien von Kolwaczuk, dessen Wortwitz seinem Werk zu besonderer Lebendigkeit verhilft, und Neubert, der die fantasievollen Parolen der Demonstranten ausführlich wiedergibt, fallen naturgemäß besonders authentisch aus, aber auch das Buch Schullers gewinnt durch die eingehende Zitierung der Zeitzeugen an Anschaulichkeit. Was das herangezogene Material betrifft, reicht Schuller, der sein Augenmerk auf die gesamte DDR richtet, freilich nicht an Kowalczuk und Neubert heran. An Kowalczuk imponiert u. a., dass er jeder Idealisierung entsagt. So relativiert er die in der Öffentlichkeit genannte hohe Zahl der Demonstranten am 4. November 1989 (nicht über 500.000, sondern wohl unter 200.000).

Dieser Autor räumt dem 9. Oktober in Leipzig als dem „Tag der Entscheidung“ (Kowalczuk 2009, S. 401-404) ein herausragendes Gewicht ein, Neubert sieht den 9. Oktober und den 9. November gleichermaßen als wichtig an, während Schuller wohl den Fall der Mauer als zentral betrachtet. Alle arbeiten den engen Zusammenhang zwischen dem 9. Oktober und dem 9. November heraus. Kowalczuk argumentiert besonders pointiert. Ein charakteristisches Beispiel für seinen Sarkasmus am Beispiel der anfänglichen Überprüfungspraxis: „De Maizière zog als Person seines Vertrauens Manfred Stolpe heran, als Rechtsbeistand fungierte Gregor Gysi. Gemeinsam mit zwei MfS-Offizieren, einem Vertreter der DDR-Generalstaatsanwaltschaft und einem damals nicht unumstrittenen Mitglied des Bürgerkomitees sichteten sie die vorgelegten Unterlagen zu de Maizière. Stolpe

- 2 Insofern sind die Spekulationen über die „rätselhafte Stabilität der DDR“ (Port 2010) recht müßig. Der Mauerbau war zum Systemerhalt notwendig (Eisenfeld u. Engelmann 2001). Freilich wuchs der Unmut der Bevölkerung in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre (Gensicke 1992) – paradoxerweise auch aufgrund der nachlassenden Repression.
- 3 Deswegen sind heute einstige Bürgerrechtler der ersten Stunde einerseits über die Art der Wiedervereinigung vergrätzt, andererseits über deren Folgen (Rüddenklau 1992; Gehrke 1999). Das gilt freilich bei Weitem nicht für alle.

und Gysi bestätigten anschließend, dass de Maizère nicht IM war. Stolpe schaute zuvor auch noch in die Akten über Gysi. ‚Daraus ergab sich, dass es hinsichtlich seiner [Gysis] Teilnahme keine Bedenken gab.‘ Nicht bekannt ist, ob die drei Juristen anschließend feiern gingen“ (Kowalczyk 2009, S. 533).⁴ Der Autor betreibt nicht nur Narration, sondern auch Gesellschaftsgeschichte, wenn etwa der allgegenwärtige „Westen im Osten“ (Kowalczyk 2009, S. 179) eingefangen wird.

Kowalczyk beendet sein Buch abrupt mit dem 18. März 1990, den ersten und letzten freien Wahlen zur Volkskammer (Kloth 2000). Schuller begnügt sich ebenso mit wenigen Seiten für den „Kurs auf die Einheit“ (Schuller 2009, S. 267). Hingegen weiß Neubert mehr über das Jahr 1990 bis zur rechtlichen Einheit am 3. Oktober zu berichten, freilich nicht genug. Denn was sich 1990 nach der Volkskammerwahl am 18. März abgespielt hat, gehört ebenso zur Revolution, die nachhaltige Entmachtung der SED. Es ist gewissermaßen die zweite Phase.

Michael Richter, lange am Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung tätig, hat 20 Jahre nach der friedlichen Revolution den Auf- und Umbruch in den drei sächsischen Bezirken Chemnitz, Dresden, Leipzig souverän nachgezeichnet – dicht, instruktiv und mit viel Liebe zum Detail. Der Band ist chronologisch angelegt: von der finalen Krise des SED-Regimes (Kommunalwahlen im Mai 1989, Ausreise- und Protestwelle) über den Aufstand gegen die Diktatur (abwiegende SED-Dialogstrategie, Forderung nach dem Ende der SED-Führungsrolle, Fall der Mauer) und die Kernfrage nach der deutschen Einheit oder einer Reform der DDR (Entstehung neuer politischer Gruppen, Polarisierung auf den Straßen, Auseinandersetzung mit dem Restaurationskurs der SED-PDS) bis zur Schaffung von Demokratie und Einheit (Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit, Volkskammerwahl). Die Zeit von der Volkskammerwahl bis zur deutschen Einheit wird nur gestreift, wohl deshalb, weil es aus der Feder Richters bereits ein voluminöses Werk zur „Bildung des Freistaates Sachsen“ gibt (Richter 2004). Eine besondere Stärke des Autors: Er verkoppelt die regional übergreifenden Vorgänge (wie die faktische Aufhebung der Breschnew-Doktrin) geschickt mit denen in Sachsen, dem Kernland der friedlichen Revolution.

Gewiss, Dresden (mit der Bildung der „Gruppe der 20“ aufgrund der Initiative des Kaplans Frank Richter wie der pazifizierenden Position des Dresdner SED-Chefs Hans Modrow) und Leipzig (mit der mutigen Massendemonstration am 9. Oktober 1989 wie dem Ausbleiben der ‚chinesischen Lösung‘) waren Zentren der Massendemonstrationen, aber auch in Karl-Marx-Stadt gingen die Menschen in Scharen auf die Straße. Hier protestierten am 7. Oktober, dem „Tag der Republik“, Tausende. Sie sangen das „Deutschlandlied“ und riefen: „Wir wollen Freiheit.“ Und in Plauen etwa demonstrierten am 28. Oktober 1989 30.000 Personen – vereinzelt sogar bereits für die Wiedervereinigung, so früh wie nirgendwo in der DDR.

Nach Öffnung der Mauer trieben besonders Sachsen die friedliche Revolution mit dem Ziel voran, die SED zu entmachten, eine demokratisch legitimierte Volkskammer zu wählen und die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit zu verwirkli-

4 Das Zitat im Zitat stammt aus einem Artikel im Neuen Deutschland vom 31.3./01.04. 1990.

chen. Der Systemwechsel von der Diktatur zur Demokratie war ebenso ein Werk der Menschen in der DDR wie der rasche Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland. In Sachsen gab es nicht die große Diskrepanz zwischen der Bevölkerung und der Bürgerbewegung wie anderswo (Jesse 2006; Jesse u. Schubert 2010). Die Wendung vom „Berliner Pfad“ und „Dresdner Pfad“ ist durchaus berechtigt (Thaysen 1998). Das zeitgeschichtliche Werk verzichtet leider weithin auf politikwissenschaftliche Systematik.

Resümee: Die Systemwechselforschung, wie sie etwa Wolfgang Merkel betreibt, unterscheidet bekanntlich zwischen sechs Verlaufsformen: der langandauernden Evolution; von alten Regimeeliten gelenkter Systemwechsel; von unten erzwungener Systemwechsel; ausgehandelter Systemwechsel; Regimekollaps; Zerfall und Neugründung von Staaten (Merkel 2010, S. 101-104).⁵ Der Glaube an die Ideologie des Marxismus-Leninismus wurde in der DDR im Laufe von vier Jahrzehnten selbst bei der politischen Führung immer mehr aufgeweicht. Die Sowjetunion bestimmte die Errichtung der SED-Diktatur wie deren Ende, zunächst durch Aktivität, später durch Passivität. Entgegen mancher Legende hat es offenkundig keinen von alten Regimeeliten gelenkten Systemwechsel gegeben, auch nicht inspiriert durch die Sowjetunion. Hingegen sind die anderen Kategorien relevant. Der Systemwechsel war von unten erzwungen – durch das erwähnte komplexe Zusammenspiel von Flucht- und Demonstrationenbewegung. Der Fall der Mauer gehört in diesen Zusammenhang (Hertle 1999, 2009). Den ‚alternativen Kräften‘, wie schwach sie auch immer waren, kam mit ihren Maximen von einem ‚dritten Weg‘ und unbedingter Gewaltfreiheit zunächst eine zentrale Rolle zu. Daneben bestimmten ebenso Elemente der Implosion (die Friedlichkeit der Proteste wurde nach anfänglicher Gegenwehr respektiert) wie solche des ausgehandelten Systemwechsels die revolutionären Ereignisse. Dazu zählen etwa die vielen Runden Tische und die Einbeziehung Oppositioneller in Hans Modrows „Regierung der nationalen Verantwortung“, so die vollmundige Titulierung. Auf diese Weise gerieten die ‚feindlich-negativen Kräfte‘, um die Terminologie der Staatssicherheit zu gebrauchen, immer mehr in einen Gegensatz zur Masse der Bürger, die das System ohne Wenn und Aber beseitigen wollte. Die Revolution in der DDR zeichnete sich im Gegensatz zum Umbruch in anderen Staaten Ostmitteleuropas durch eine „doppelte Demokratisierung“ (Richter 2006) aus – zum einen die Selbstbefreiung von der Diktatur, zum anderen die demokratische Hinwendung zur Bundesrepublik Deutschland, die schnell in die deutsche Einheit mündete. Wer die Implosion des diktatorischen Systems in den Vordergrund rückt (das gilt für keines der vier erörterten Werke), spielt die Gegenwehr der DDR-Regierungen unter Honecker, Krenz und Modrow herunter, die, keineswegs auf Kapitulation erpicht, den Systemwechsel später geschickt aushandelten. Dieser ist weitaus stärker durch externe als durch interne Umstände bestimmt (z. B. ökonomische Probleme). Solche systematischen Aspekte finden in den erwähnten Studien nicht ausreichend Berücksichtigung.

5 Die erste und die sechste Variante sind im Grunde entbehrlich. Sie liegen auf einer anderen Ebene. Vgl. Jesse 2010, S. 30.

3. Deutsche Einheit

Mit dem Sammelwerk „Revolution und Vereinigung 1989/90“ unter der Ägide des Dresdner Zeithistorikers Klaus-Dietmar Henke liegt eine ausgezeichnete Gesamtdarstellung vor, die – obwohl zahlreiche Autoren (u. a. Marc Dietrich Ohse über die „Wende in der ‚Wende‘“, Mike Schmeitzner über die SPD und die deutsche Frage, Michael Lemke über die Haltung der Sowjetunion zur deutschen Einheit, Reinhard Müller über den Zwei-plus-vier-Vertrag) an ihr mitgewirkt haben – nahezu aus einem Guss geschrieben ist (Henke 2009). Kaum ein wichtiges Thema fehlt. Die Verbindung von friedlicher Revolution und deutscher Einheit besticht. Diese ist schließlich eine logische Konsequenz jener. Der Untertitel macht noch einmal hinreichend den – milde formuliert – überraschenden Verlauf des Jahres 1989/90 deutlich. Der Herausgeber zeichnet mit den Begriffen „Mauerfall, Parteierfall, Staatsverfall“ die Agonie des DDR-Systems sowie die schnelle deutsche Einheit souverän nach und betont zugleich die Offenheit der Situation. „Das Tor zur deutschen Wiedervereinigung war am 9. Oktober in Leipzig, am 9. November in Berlin, mit der Entscheidung für freie Wahlen Anfang Dezember 1989, mit dem Angebot der Währungsunion Anfang Februar und den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 weit aufgestoßen worden. Noch im Sommer konnte dieses Tor jederzeit zufallen. Mit dem Massenprotest und der ostdeutschen Bevölkerung im Rücken hat Helmut Kohl das zu verhindern gewusst“ (Henke 2009, S. 46).

Um nur auf einen Beitrag einzugehen: Gerhard A. Ritter (ebenso Ritter 2007) spielt die materiellen Kosten der deutschen Einheit nicht herunter und spart keineswegs mit Kritik an spezifischen Entwicklungen (so an der enormen Erhöhung der Tariflöhne). Wer die materiellen Kosten der deutschen Einheit benennt, muss diese freilich mit den immateriellen Kosten der deutschen Teilung kontrastieren. Dann sieht vieles anders aus (Grosser 1998). Der Preis für die deutsche Einheit, und das betont Ritter vehement, war und ist nicht zu hoch (gewesen). So hält er die Höhe des Wechselkurses für angemessen, nicht jedoch die Form der Finanzierung der Einigungskosten (Kreditaufnahme statt Steuererhöhungen). Die massiven Erhöhungen der Tariflöhne gelten für Ritter als schwerer Fehler. Ungeachtet dessen gab es für ihn keine angemessene Alternative zur Übernahme der westdeutschen Institutionen in den neuen Bundesländern.

Andreas Rödders Titel ist Programm. Die Wendung „Deutschland einig Vaterland“ (Rödder 2009) stammt aus der DDR-Hymne und weist auf den oft verdrängten Sachverhalt hin, dass mehrheitlich die DDR-Bevölkerung die deutsche Einheit gewollt und vorangetrieben hat. Die „nationale Wende“ mit der Wirtschafts- und Währungsunion (Sarrazin 1994; Teltschik 1991) geht in der Tat auf den Osten zurück. Die spätere westliche Dominanz war nach Rödder berechtigt, kein Zeichen der „Kolonialisierung“. Der Autor fängt das sich überschlagende Geschehen in seiner Verschlungenheit souverän und nuanciert ein, berücksichtigt die Vorgeschichte allerdings nur knapp (Korte 1998). Die Konsequenzen der Einheit für den Osten – die materiellen wie die immateriellen – seien stark unterschätzt worden. In der Tat! Gerade deshalb wäre es sinnvoll gewesen – und das ist

der einzige substanzielle Einwand gegen die Studie –, den vielfältigen Folgen der Wiedervereinigung mehr Raum zu geben.

Das Buch ist analytisch stark, nicht plakativ wertend, wobei der Part Helmut Kohls positiv gewürdigt wird. Weder die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch die der Wiedervereinigung gilt rundum als bloße Erfolgsgeschichte, ohne dass der Autor die Leistungen bundesdeutscher Politiker mindert – im Gegenteil. Die außenpolitischen Konstellationen nehmen zu Recht breiten Raum ein. Ohne die Unterstützung der USA hätte die Bundesrepublik nicht so schnell eine derartige Stabilität erreicht, und nur die sowjetischen Panzer sicherten der DDR eine vorübergehende Stabilität, eine geliehene. Die Synthese ist ein großer Wurf. Dieses Standardwerk, das auf einer breiteren Grundlage erarbeitet ist als das von Jäger (1998), zeichnet sich weniger durch die Präsentation neuer Fakten aus, mehr durch eine übergreifende Analyse, die neue Perspektiven eröffnet.

Willy Brandt hat folgende schöne Formel gefunden, allerdings nicht am 10. November 1989 vor dem Schöneberger Rathaus, wie manche Legende besagt⁶, zum Teil selbst in den hier erwähnten Werken: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ (Schroeder 2010). 20 Jahre nach der deutschen Einheit lautet der Untertitel eines Buches von Klaus Schroeder: „Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört.“ Der Autor zieht eher ein kritisches Fazit und arbeitet die Kluft zwischen „dem“ Osten und „dem“ Westen heraus. Dabei geht es ihm insbesondere um Befindlichkeiten und Mentalitäten. Ostdeutsche sähen sich als „Bürger zweiter Klasse“, Westdeutsche trauerten vergangenen Zeiten nach.

Das weit gespannte Themenspektrum reicht von einer kritischen Würdigung der SED-Diktatur und ihrer Hinterlassenschaft über DDR-Nostalgie, die Wohlstandsexplosion in den neuen Bundesländern (zur unterschiedlichen Sichtweise einerseits Paqué 2009, andererseits Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010) und die Angleichung der Lebensverhältnisse bis zur politischen wie mentalen Spaltung Deutschlands, die auch auf früheren Prägungen basiert (Schröder 2007; Wolle 1998, 2011). Schroeder schöpft aus einem breiten Fundus, und manches hat der Leser in ähnlicher Form bereits bei ihm entdeckt (vgl. Schroeder 2000, 2006).

Der reale Sozialismus war gescheitert, die ökologische Bilanz desaströs, die Wirtschaft marode, die Gesellschaft militarisiert. Zu Recht spricht Schroeder von einer Verklärung der DDR-Diktatur und ihrer Weichzeichnung – in manchen intellektuellen Kreisen des Westens wie des Ostens. In gewisser Weise ist erst nach 1990 eine DDR-Identität entstanden. Abgrenzungsidentitäten sind wesentlich eine Folge der deutschen Einheit. Wenn bei der Frage, ob die DDR mehr gute als schlechte Seiten hat, Ostdeutsche eher der ersten als der zweiten Variante zuneigen, so muss das in der Tat ebenso zu denken geben wie der hohe Stimmenanteil für die Partei „Die Linke“. Dies geht zum einen auf sozialisationsbedingte, zum anderen auf situationsbedingte Ursachen zurück.

Tatsächlich, und das arbeitet Schroeder eindrucksvoll heraus, ist in den letzten 20 Jahren im Osten das meiste besser geworden. Es setzte ein ökonomischer Auf-

6 Willy Brandt hatte am 10. November zwar mehrfach die Wendung benutzt (etwa in Rundfunkinterviews), aber eben nicht in besagter Rede. Vgl. Rother 2000.

holprozess ein, der Lebensstandard stieg enorm an, das Einkommensniveau des Ostens lag binnen weniger Jahre bei etwa 85 Prozent des Westens. Rentner sind besondere Nutznießer der Einheit. Die Wohnqualität verbesserte sich ebenso rapide wie das Kommunikationsnetz. Die Lebenserwartung Ostdeutscher, die vor der Einheit zwei bis drei Jahre unter jener im Westen lag, hat sich an die Westdeutscher angeglichen, die hohe Selbstmordrate im Osten ist auf die des Westens gesunken. Das ist die eine Seite, die andere: Die Arbeitslosenquote liegt in den neuen Bundesländern fast so doppelt so hoch wie in den alten. Mehr Ostdeutsche ziehen – auch deswegen – in den Westen als umgekehrt. Ein sich selbst tragender Wirtschaftsaufschwung ist im Osten bisher nicht eingetreten, weswegen Finanztransfers nötig bleiben.

Die Lage ist offenkundig besser als die Stimmung. Gleichwohl: Vielleicht überzeichnet Schroeder ein wenig die mentalen Unterschiede, wobei er selber Angleichungen benennt, etwa die Zunahme hedonistischer Werte im Osten und deren Abnahme im Westen. Und: Gewiss gibt es solche Differenzen, aber müssen sie völlig eingeebnet sein? Eine offene Gesellschaft kann sie verkraften, wenn dadurch nicht der innere Zusammenhalt gefährdet ist. Zwischen dem Norden und dem Süden bestehen ebenso regionale Disparitäten – nicht nur in der Mentalität. Vielfalt in der Einheit hat noch nie geschadet.

Auch wer zu einem weniger skeptischen Befund als der Autor gelangt und die Stimmigkeit des Titels nicht teilt, findet bei ihm zahlreiche erhellende Erkenntnisse und hilfreiche Hinweise zu den Folgen der Einheit Deutschlands. Die vielfältigen Veränderungen gehen in der Tat nicht ausschließlich vom Westen aus. Die deutsche Einheit, initiiert durch die ostdeutsche Bevölkerung, gilt für Schroeder zu Recht als Glücksfall der Geschichte. Er spielt den Westen nicht gegen den Osten aus und den Osten nicht gegen den Westen. Um die Gräben zuzuschütten, fordert der Autor u.a. gegenseitiges Verständnis und ein Engagement für die freiheitliche Ordnung. Daran fehle es. Schröders Schlusssatz stimmt: „Es kann nur zusammenwachsen, was zusammengehören will!“ (Schroeder 2010, S. 252). Der Wille ist, wiewohl nicht überall, auf beiden Seiten da. So hat ein unbefangenes, weniger verkrampft Nationalbewusstsein zugenommen, ein aufgeklärter Patriotismus.

Manfred Görtemaker, Potsdamer Historiker, von dem es bereits eine große Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt (Görtemaker 1999), nimmt wie Klaus Schroeder schwerpunkthaft die Zeit nach 1990 ins Visier. Sein Abriss ist jedoch breiter angelegt als der Schroeders, zugleich weniger tiefgreifend. Nach je einem faktengesättigten Kapitel über die friedliche Revolution und die Wiedervereinigung geht es ihm um die „Entstehung der Berliner Republik“ (Görtemaker 2009, S. 46), die er auf den Tag der Deutschen Einheit datiert. „Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 endete auch die Geschichte der ‚Bonner Republik‘, die sich seit 1949 durch eine bemerkenswerte innere Stabilität sowie durch wirtschaftliche Prosperität und außenpolitische Berechenbarkeit auszeichnet hatte“. Der Relativsatz stimmt, doch ist es richtig, dass „die Zäsur tiefer war als zunächst angenommen“ (Görtemaker 2009, S. 47)? Was Görtemaker an Fakten und Interpretationen in seinem handlichen Buch zusammenträgt – zur „neuen Außenpolitik“, zum „11. September 2001“, zu den Komplexen „ein

Staat – zwei Gesellschaften“, „Machtwechsel zu Rot-Grün“, „Von Schröder zu Merkel“ –, deutet zwar in den Überschriften einen gravierenden Wechsel an, im ruhig gehaltenen, keineswegs alarmistisch geschriebenen Text schlägt sich dies freilich weniger nieder. Der Verfasser spricht selbst davon, diese „Berliner Republik“ stehe „in einem so hohen Maße in der Kontinuität der ‚Bonner Republik‘, dass von einem Bruch nicht die Rede sein kann“. Warum benutzt er dann diese missverständliche Wendung, die in eine andere Richtung lenkt? Der Hinweis auf „die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen seit der Epochenäsur 1989/90“ (Görtemaker 2009, S. 8) reicht dafür nicht aus.

Resümee: Das Urteil über die deutsche Einheit und die Folgen fällt differenziert aus. Die Systemakzeptanz ist im Westen stärker als im Osten, das Institutionenvertrauen ebenso. Westdeutsche fühlen sich im Vergleich zu den Ostdeutschen eher als Deutsche (und nicht als West- oder Ostdeutsche), wobei starke Angleichungstendenzen auszumachen sind. Größere Unterschiede bestehen bei der Frage nach dem Sozialismus-Verständnis (im Osten gilt der Sozialismus einer großen Mehrheit ununterbrochen seit 1990 als gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde, im Westen halten sich Befürworter und Gegner die Waage) und – damit zusammenhängend – beim Gleichheits- bzw. Freiheitsverständnis. Die Soziale Marktwirtschaft findet in den neuen Bundesländern nicht so viel Unterstützung wie in den alten. Zum einen hängt dies mit der Sozialisation zusammen (Prägung durch den DDR-Sozialismus), zum anderen mit der als schwierig empfundenen gegenwärtigen Situation. Nach den neuesten Zahlen geben 36 Prozent der Westdeutschen der Gleichheit den Vorzug und 36 Prozent der Ostdeutschen der Freiheit (vgl. für Einzelheiten Köcher 2009, S. 132-133). Die Differenzen zwischen Ost und West sind nirgendwo so hoch wie bei der Einschätzung der DDR. Während unter den Westdeutschen weniger als zehn Prozent der DDR mehr gute als schlechte Seiten zubilligen, ist dies bei Ostdeutschen gänzlich anders. Wenn diese Aussage mehr Bürger bejahen als verneinen, so spielt Nostalgie eine gewisse Rolle (Neller 2006), lebensgeschichtliches Verständnis ebenso, nicht notwendigerweise der Wunsch nach einer Rückkehr zu DDR-Verhältnissen. Es kann wohl keine Rede davon sein, Deutschland sei zwar politisch vereinigt, aber mental geteilt. Wer pauschal die weltoffene Bürgerkultur der alten Bundesländer gegen die Obrigkeitskultur des Ostens ausspielt, bedient Klischees. Für beide Landesteile gilt: Das Verhältnis zu den nationalen Symbolen hat sich allmählich normalisiert, nicht zuletzt dank der deutschen Einheit.

4. Vereinigtes Deutschland?

An das Wort der „Berliner Republik“ knüpft die große historische Gesamtdarstellung von Michael Gehler in massiver Weise an, wobei der Autor dem Begriff, anders als Görtemaker, eine substantielle Bedeutung zuschreibt. Das Werk beginnt daher mit einem Paukenschlag: „Dieses Buch handelt von drei deutschen Republiken: Es geht um die alte Bundesrepublik Deutschland (BRD) von 1949-1990, die Deutsche Demokratische Republik (DDR) im gleichen Zeitraum sowie um die neue Berliner Republik seit der Einigung Deutschlands, die mit der Bonner Republik kaum mehr vergleichbar ist, insofern sie sich deutlich von ihr unterscheidet.

Es handelt sich um drei verschiedene Staaten, die als solche auch begriffen werden“ (Gehler 2010, S. 15). Gehler, der seine wissenschaftliche Ausbildung vornehmlich in Innsbruck erfahren hat und seit einigen Jahren in Hildesheim lehrt, schießt damit weit über das Ziel hinaus. Denn die DDR trat der Bundesrepublik Deutschland bei. Diese hat sich dadurch gegenüber der Zeit vor dem 3. Oktober erweitert und auch verändert. Von einer Fusion der beiden Staaten – sie würde den Terminus der „dritten Republik“ rechtfertigen – kann nämlich nicht die Rede sein. Hier fehlt es Michael Gehler an Urteilskraft.

Der Autor, betont um Fairness bemüht, will weder eine ‚Erfolgsgeschichte‘ der Bundesrepublik noch eine reine ‚Misserfolgsgeschichte‘ der DDR schreiben. Gleichwohl, und das kann nicht verwundern, schneidet die bundesdeutsche Demokratie deutlich besser ab als die ostdeutsche Diktatur. Der umfassende Band ist in den ersten acht Großkapiteln weithin chronologisch gestaltet – von der Deutschland-Frage 1945 über die Zweistaatlichkeit, die Entspannungspolitik, die Achtzigerjahre mit Konfrontation und Blockerosion, die Wiederkehr der „deutschen Frage“ mit der schnellen Vereinigung, den Folgen und Lasten der Einheit, das rot-grüne Experiment bis zur Großen Koalition 2005-2009. Dabei geht es darum, die Geschichte der beiden deutschen Staaten jeweils in ihrer – asymmetrischen – Wechselbeziehung zu sehen. Der Osten war stärker auf den Westen fixiert als umgekehrt. Kaum ein wichtiges Thema wird ausgespart, wobei der Außen- und Deutschlandpolitik besonders Gewicht zufällt. Konrad Adenauer – anders als Willy Brandt und Helmut Kohl – kommt nicht gut weg: Seine ‚Politik der Stärke‘ habe keineswegs zum Erfolg geführt, die Spaltung nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas vertieft. Adenauer und Ulbricht auf östlicher Seite ergänzten sich, so Gehler.

Im abschließenden Kapitel über „drei unterschiedliche Republiken“ folgt unter Begriffen wie „historische Dimension“, „identitätsspezifische Dimension“ und „vergangenheitspolitische Dimension“ eine stärkere Systematisierung. Der Autor vermisst zivilgesellschaftliche Elemente und sieht stark konkordanzdemokratische Merkmale. Ob es angebracht ist, die drei sozialdemokratischen Kanzler Brandt, Schmidt und Schröder nicht zu den „ausgeprägten Machtmenschen und Machtpolitikern“ (Gehler 2010, S. 455) zu rechnen wie Adenauer, Kohl und Merkel? Schief wird die Parallele dann, wenn im gleichen Atemzug Ulbricht und Honecker als „ausgesprochene Machtpolitiker“ (Gehler 2010, S. 456) gelten. Auch der Hinweis auf die von den Großmächten abhängige DDR und die Bundesrepublik Deutschland ist recht vordergründig. Der Autor spielt zuweilen den diktatorischen Charakter der DDR und den demokratischen der Bundesrepublik herunter, ohne dass er aber einen Zweifel lässt, wem seine Sympathie gehört. Für Gehler ist Helmut Schmidts Charakterisierung der neuen Länder als eine Art „deutscher Mezzogiorno ohne Mafia“ (Gehler 2010, S. 478) treffend. Das ist mindestens eine kühne These, wenn nicht eine irrice.

Die im Untertitel genannten Begriffe „Teilung“ und „Einigung“ firmieren zu Recht nicht als einmaliges Ereignis, sondern jeweils als Vorgänge von längerer Dauer. Einigkeit ist mehr als Einheit, geht also über das Jahr 1990 hinaus. Ungeachtet der irrigen Kernthese von den drei deutschen Staaten: Das Buch, das sich an einen größeren Leserkreis richtet, ist nicht nur gut lesbar, weil anschaulich ge-

schrieben, sondern auch sehr lesenswert, weil es originelle Ansätze bietet, die woanders in dieser Form nicht anzutreffen sind. Die Außenperspektive kommt dem Unterfangen zugute, vermeidet Nabelschau. Freilich: Die These von der „Berliner Republik“, so wie sie der Autor versteht, ist unhaltbar. Sie wird zudem nicht konsequent durchgehalten. Einerseits heißt es, Deutschland habe sich „aus der erzwungenen Abhängigkeit und von der übertriebenen Bindung zu den USA“ gelöst, Berlin tanze „nicht mehr nach jeder amerikanischen Pfeife“. Andererseits: „Es kann auch nicht Aufgabe Deutschlands sein, militärisch zu intervenieren – das lehrt allein schon seine eigene Geschichte, was sich ständige Vergangenheitsbeschwörer und gleichzeitige Kriegsbefürworter auch vor Augen halten sollten“ (Gehler 2010, S. 480).

60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland erschien aus der Feder des Marburger Historikers Eckart Conze eine große Studie zur „Geschichte der zweiten deutschen Demokratie“. Der Autor entstammt der jüngeren (nicht der jungen) Generation, ist daher nicht von den ideologischen Grabenkämpfen zur Zeit der 68er geprägt. Das bekommt dieser – distanziert und zugleich engagiert geschriebenen – Studie gut. Conzes Titel „Die Suche nach Sicherheit“ (Conze 2009) ist kein Etikettenschwindel. Die These des Verfassers lautet, das Streben nach Sicherheit habe sich in allen Phasen der Geschichte der Bundesrepublik gezeigt. Damit erfasst er ein wichtiges Element der deutschen Politik, erklärbar maßgeblich durch die leidvolle Last der Vergangenheit. Es weist über die Zeit nach der deutschen Einheit hinaus. Erfreulicherweise berücksichtigt Conze ausführlich auch die Zeit nach der Wiedervereinigung (freilich unter dem hinlänglich missverständlichen Titel „Auf dem Weg in die Berliner Republik“), weniger überzeugend fällt die weitgehende Vernachlässigung Ostdeutschlands aus. Das lässt sich für die Zeit bis zur Wiedervereinigung rechtfertigen (die Bundesrepublik reagierte bekanntermaßen weitaus weniger auf die DDR als umgekehrt), nicht jedoch für die Zeit danach.⁷ Dabei hätte der Autor gut mit seinem zentralen Begriff der Sicherheit arbeiten können. Die „Suche nach Sicherheit“ hält an, Deutschlands „Stabilitätstrauma“ (Kurt Sontheimer) dauert in gewisser Weise fort.

So soll ein Buch sein: aktuell, systematisch gegliedert, einem „roten Faden“ folgend, mit einer übergreifenden Sichtweise, informativ, gut geschrieben – und mit Urteilskraft. Das trifft auf das Lehrbuch des Osnabrücker Staatsrechtslehrers und Präsidenten des Niedersächsischen Verfassungsgerichtshofs Jörn Ipsen zu. Pünktlich zur 60. Wiederkehr des Grundgesetzes publizierte der Verfasser eine „Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, so der Untertitel (Ipsen 2009). Die systematische Gliederung besticht. Die zehn großen Teile (erster Teil: „Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland“ – zehnter Teil: „Deutschland im Zeichen der Vereinigung“) werden von einer Einleitung („Die Katastrophe als Ausgangslage“) und einem Ausblick („Wandlungen des Verfassungsstaates“) eingerahmt. Jeder Teil ist gleich aufgebaut. Nach einer kurzen Übersicht folgen einzelne Kapitel (meist beginnend mit historischen Hinführungen), die verschiedene Abschnitte umfassen und bisweilen eine weitere Unterglie-

7 Den umgekehrten Fehler begeht Peter Bender in seinen zahlreichen Publikationen. Vgl. Bender 1989, 2006, 2007.

derung erfahren. Der „rote Faden“ zeigt sich darin, dass die jeweilige Entwicklung stark anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nachgezeichnet wird. Schließlich haben dessen Urteile prägend gewirkt. „Verfassungsgeschichte in der Bundesrepublik ist deshalb nicht zuletzt Verfassungsgerichtsgeschichte“ (Ipsen 2009, S. viii). Der Autor ergreift immer wieder Stellung, so etwa bei seiner positiven Würdigung des Urteils zum Grundlagenvertrag. Ipsen macht keineswegs den Fehler, jene Aspekte, die in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht zur Sprache gekommen sind, schlichtweg zu vernachlässigen.

Seine Perspektive ist nicht nur verfassungsrechtlicher Natur; historische und politikwissenschaftliche Positionen schlagen sich in dem Band ebenso nieder. Diese Verfassungsgeschichte ist überaus informativ. Der Rezensent hat auf so knappem Raum noch keine derart gelungene faktenreiche Abriss von „Hartz IV als Wendepunkt des Sozialstaates“ (Ipsen 2009, S. 231-238) gelesen. Das Lehrbuch besticht durch *common sense*, etwa mit der Kritik an der irrationalen Kritik der Notstandsverfassung. Die Reformüberlegungen (u.a. zum Selbstauflösungsrecht des Bundestages oder zur Volkswahl des Bundespräsidenten) sind einleuchtend, zumindest diskussionswürdig (direkte Wahl der Bundesverfassungsrichter durch das Bundestagsplenum). Das Bessere ist bekanntlich der Feind des Guten. Einige Lücken fallen auf: So wäre es sinnvoll gewesen, neben den Staatsstrukturprinzipien des Sozial- und des Bundesstaates auch die der Demokratie, der Republik und des Rechtsstaates zu berücksichtigen. Gerade der Rechtsstaat hat in Deutschland eine lange Tradition. Die wenigen Zeilen auf S. 357 f. werden der Thematik nicht gerecht, wenngleich im achten („Herausforderungen an das Recht und Schutz des Gemeinwesens“) und im neunten Teil („Kontinuität und Konstitutionalisierung der Rechtsordnung“) einzelne Gesichtspunkte zur Sprache kommen. Leider fehlt ebenso ein zusammenhängender Abschnitt über den Komplex der streitbaren Demokratie. Dabei tauchen an verschiedenen Stellen Aspekte zum Demokratieschutz auf, bei den Parteiverboten bzw. beim Scheitern des Verbotsverfahrens gegen die NPD, bei der Protestbewegung 1967/68 und bei der Herausforderung durch den Terrorismus. Es wäre wohl auch nützlich gewesen, den zentralen, nicht in erster Linie geografisch gemeinten Begriff vom „Staat der Mitte“ stärker aufzugreifen, wie etwa auf S. 27 geschehen. In der Tat hat Deutschland in der Verfassung seine Mitte gefunden, und in den über 60 Jahren seit der Gründung ist ein Kurs der Mitte eingeschlagen worden (unter welcher Regierung immer). Gerade ausländischen Beobachtern ist dieser Befund, der sich stark von der Vergangenheit unterscheidet, positiv aufgefallen. Das vereinigte Deutschland firmiert nicht als „Berliner Republik“. Der „Staat der Mitte“ stammt von einem „Mann der Mitte“, von einem Juristen, (leider) keinem Politologen.⁸

Hingegen kommen zahlreiche Politikwissenschaftler in dem großen Sammelband von Hans-Peter Schwarz zu Wort (Schwarz 2008). Dieses Mammutwerk, an dem 31 Autoren (u.a. Karl-Rudolf Korte über die deutsche Wiedervereinigung,

8 Die Metapher der „Mitte“ hat jüngst der Politikwissenschaftler Herfried Münkler zum Ausgangspunkt für eine ideengeschichtliche Untersuchung genommen, die weit über die Bundesrepublik Deutschland hinausreicht. Vgl. Münkler 2010.

Manfred Görtemaker über die Kanzlerdemokratie, Roland Sturm über die Bundesstaatlichkeit, Franz Walter über das Parteiensystem, Christian Hacke über die Außenpolitik, Stefan Schirm über die Folgen der Globalisierung für Deutschland) mit substantiellen Beiträgen beteiligt sind, ordnet die Bundesrepublik Deutschland angemessen ein – ihre Geschichte ebenso wie ihr politisches System. Schwarz, bereits vor Jahrzehnten (Mit-)Herausgeber eines ähnlich bedeutenden Werkes (Löwenthal u. Schwarz 1974), legt weniger Wert auf die 20 Jahre deutsche Einheit, stattdessen mehr Wert auf die seit 60 Jahren funktionierende Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Begriffe wie „Umgründung“ (Manfred Görtemaker), „Nachgründung“ (Wolfgang Kraushaar) und „Neugründung“ (Claus Leggewie), die sich auf „1968“ beziehen, tauchen daher so gut wie nicht auf. Gleichwohl leugnen viele Autoren nicht die Nachwirkungen der „68er“. Deren Ambivalenz (Differenz zwischen Zielen und Folgen) wird gut herausgearbeitet. Die meisten Beiträge kommen zu Recht nicht umhin, die Folgen der NS-Diktatur zu betonen. Anhänger wie Gegner eines Einsatzes der Bundeswehr im Kosovo argumentierten mit der bitteren Geschichte: Für die einen musste ein „neues Auschwitz“ verhindert werden, für die anderen eine neue Intervention. Diese gewisse Vergangenheitsfixiertheit ist keineswegs eine Stärke der zweiten deutschen Demokratie.

Der von zwei Grundlagentexten – aus der Feder von Hans-Peter Schwarz („100 Jahre deutsche Jubiläumsbilanzen“) und Peter März („Der Ort der Bundesrepublik in der deutschen Geschichte“) – eingerahmte Band umfasst Beiträge zu den historischen Abläufen und Konstellationen, den Institutionen sowie zu Themenfeldern. Alle Bereiche der Politik – polity, politics, policy – sind damit berücksichtigt. Einerseits geht es um eine Bestandsaufnahme, andererseits kommen pointierte Stellungnahmen vor. So ist Franz Walters gallige Kritik an den Parteien erfrischend und überwiegend berechtigt. Auch eher ungewöhnliche Themen finden Aufnahme: Thomas Raithel fängt gut die Rolle des Sports in der Bundesrepublik ein (mit der langjährigen Konkurrenz zwischen Ost und West), Jörg-Dieter Gauger analysiert mit Blick auf die Bildungspolitik das „Verschwinden des kulturellen Gedächtnisses“. Der Band greift auf die schiefe Wendung von der „Berliner Republik“ nicht zurück, dekonstruiert sie vielmehr kräftig. Pointiert heißt es bei Peter März: „Vor allem wird durch diese Sprachschöpfung vernebelt, was eigentlich geschehen ist, nämlich nicht unversehens die Kreation eines neuen etatistischen Homunkulus mit ganz neuen Dimensionen, Ansprüchen und Staatsethiken, sondern der Beitritt des durch Fremdherrschaft wie ideologische Verböhrtheit ruinierten Deutschlands zwischen Ostsee und Erzgebirge zur vorhandenen Bundesrepublik Deutschland“ (Schwarz 2008, S. 690).

Resümee: Auch wenn nicht überall von einer „Erfolgsgeschichte“ die Rede ist, so überwiegt bei der Einordnung der Bundesrepublik Deutschland die positive Konnotation. Die Reaktion auf die leidvolle Vergangenheit ist nach wie vor beträchtlich. Dieser Umstand, der in den Studien zu wenig zur Sprache kommt, kann dazu führen, Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu vernachlässigen. Die deutsche Einheit stellt naturgemäß zwar eine Zäsur dar, aber das Jahr 1990 überlagert nicht das Jahr 1949. Der populäre Begriff der „Berliner Republik“ ist verwirrend, zumal durch seinen oft unreflektierten Gebrauch. Die einen meinen

damit einfach das vereinigte Deutschland, ohne sich ausreichend Rechenschaft über die Konsequenzen abzulegen. Die anderen behaupten, 1990 leite eine Art Zeitenwende ein. Für das politische System Deutschlands gilt das jedenfalls nicht. Ein „neues Deutschland“ oder gar eine „dritte Republik“ existiert nicht!

5. Fazit

Wer die Studien Revue passieren lässt, kommt, was die Politikwissenschaft betrifft, zu keinem sonderlich positiven Ergebnis. Die Geschichtswissenschaft hat ihr vielerorts den Rang abgelaufen. Das gilt zumal für die Analyse der friedlichen Revolution, ebenso in Teilen für den Komplex der deutschen Einheit und sogar für die Einordnung der deutschen Demokratie mehr als 60 Jahre nach 1949. Die Gründe liegen auf der Hand: Historische Umbrüche derartigen (und unerwarteten) Ausmaßes rufen naturgemäß zunächst Zeithistoriker, die den Verlauf samt den Ursachen und Folgen nachzeichnen, auf den Plan. Mehr als zwei Jahrzehnte nach 1989/90, dem *annus horribilis* und dem *annus mirabilis*, je nach Wahrnehmung, ist es Zeit für größere politikwissenschaftliche Perspektiven. Die Systemwechselforschung hat nicht zuletzt dank der vielfältigen Bemühungen von Wolfgang Merkel beträchtliche Fortschritte gemacht, jedoch bis heute fehlt es an einer großen systematischen Darstellung, die den Systemwechsel 1989/90 in der DDR kategorial überzeugend erfasst – trotz einer Reihe kleinerer Beiträge aus politikwissenschaftlicher Sicht (u. a. Backes 2009; Meuschel 1991). Die Frage nach dem Charakter der deutschen Einheit ist bisher ebenso nicht hinreichend strukturell aufgearbeitet worden. Das gilt auch für die Folgen der deutschen Einheit mit Blick auf den Wandel (vgl. jetzt aber Lorenz 2011). Für die einen weisen diese in eine erweiterte, für die anderen in eine neue Republik (Tuchscheerer 2010; Schroeder 2010). Was der jeweilige Befund für das Selbstverständnis der zweiten deutschen Demokratie bedeutet, ist keine Frage von nachrangigem Wert. Der Standort des vereinigten Deutschland ist in keiner umfassenden Studie vermessen worden. Es gilt, an den großen Wurf Peter Graf Kielmansegg, der die Zeit bis 1990 eingeordnet und die beträchtliche Vergangenheitsfixierung benannt hat (Kielmansegg 2007), möglichst bald anzuknüpfen. Der Name Kielmansegg, ausgebildeter Jurist, demokratietheoretisch und historisch argumentierender Politikwissenschaftler, soll jedoch signalisieren, dass ein „Revierverhalten“ in die Sackgasse führt. Wenn die Politikwissenschaft in Deutschland stärker an ihre Ursprünge anknüpft, wäre dies für das Fach kein Nachteil. Wie die mit dem Namen von Karl Dietrich Bracher verbundene „Bonner Schule“ (Quadbeck 2008; Mayer u. Kronenberg 2009), die durch seinen Nachfolger Hans-Peter Schwarz eine würdige Fortsetzung fand, gezeigt hat, muss der Unterschied zwischen der Politik- und der Geschichtswissenschaft ohnehin nicht struktureller Natur sein. Die Politikwissenschaft hat bei aller Notwendigkeit der Strukturanalyse die Rolle von Persönlichkeiten (wieder) stärker zu erfassen. So kann sie schneller und besser auf aktuelle Vorgänge reagieren.⁹

⁹ Jürgen Hartmann hat mit seiner Studie, die nicht auf Deutschland, ja nicht einmal auf demokratische Verfassungsstaaten fixiert ist, einen wichtigen (Neu-)Anfang gemacht. Vgl. Hartmann 2007.

Immer mehr setzt sich die Annahme durch, dass der herkömmliche Patriotismus, der es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verständlicherweise schwer hat(te), in keinem Gegensatz zum Verfassungspatriotismus im Sinne Dolf Sternbergers steht. Einerseits bleibt dadurch Kontinuität gewahrt, andererseits erhellt dies begrüßenswerten Wandel. Die Neuauflagen der beiden führenden deutschen Politikwissenschaftler zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland machen gut die Kontinuität über das Jahr 1990 deutlich, ohne Wandel zu bestreiten. Hingegen sind die Titel zweier gewichtiger „Leviathan“-Bände irreführend (Blanke u. Wollmann 1991; Czada u. Wollmann 2000). Klaus von Beyme zeichnet eingangs den „Weg zur deutschen Einheit“ nach (Beyme 2010, S. 11-29) und erörtert in einem Kapitel „Von der ‚Bonner‘ zur ‚Berliner‘ Republik“ (Beyme 2010, S. 455-465) den unterschiedlichen Sinngehalt des „Schlagworts“ der Berliner Republik. Der Autor sieht keinen „Geist einer Berliner Republik“ am Werk, betont „die institutionelle Trägheit und Selbstblockade des Systems“ und schlussfolgert: „Gerade weil der Eliten- und Institutionentransfer nach Ostdeutschland so lückenlos geklappt hat, sind keine großen qualitativen Sprünge im System zu erwarten“. Die „Gefahr einer Koalitionsfähigkeit der PDS“ stelle das einzige reale „Indiz einer für eine Veränderung der Mechanik im Bonner System“ (Beyme 2010, S. 465) dar. Und Manfred G. Schmidt, der den historischen Grundlagen ohnehin kein großes Gewicht einräumt, vermeidet den Terminus ganz. Ihm geht es darum, den Nachweis dafür zu führen, dass die Bundesrepublik Deutschland nach der deutschen Einheit weiter auf dem Weg des „mittleren Weges“ wandelt, eines Weges, der „auf einer eigentümlichen Kombination von christdemokratischen, liberalen und sozialdemokratischen Politiken gründet und zwischen den Polen des ‚liberalen Kapitalismus‘ der anglo-amerikanischen Demokratien und dem Wohlfahrtsstaatskapitalismus skandinavischer Prägung hindurchführt“ (Schmidt 2011, S. 445). Das ist dem Autor hervorragend gelungen. Er beschreibt nicht nur die Komponenten dieses Weges, sondern befürwortet diesen auch.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukommen: Die DDR-Forschung hatte Stärken und Schwächen (Hüttmann 2008). Heute ist einerseits vor einer besserwisserischen Attitüde zu warnen, wie sie sich neben vielen angemessenen Annahmen partiell bei Jens Hacker (1993) findet, andererseits vor einer mehr oder weniger starren Rechtfertigung irriger Positionen, wie dies etwa auf Gert-Joachim Glaeßner (1995) zutrifft. In beiden Fällen zieht die Forschung nicht die richtige Lehre. Sie ist dann zu neuen Fehleinschätzungen verdammt. Streit muss sein, aber er sollte an der Sache orientiert sein. Das hat auch für die Diskussion um die umstrittenen Begriffe „Wende“ und „Berliner Republik“ zu gelten. Nicht jeder, der „Wende“ verwendet, will den historischen Vorgang der friedlichen Revolution 1989 herunterspielen; und nicht jeder, der „Berliner Republik“ gebraucht, sieht im Jahre 1990 einen Bruch. Gewiss lässt sich mit Worten „Politik machen“. Aber rigoristische Kritik an solchen Begriffen ist kein Zeichen von Souveränität.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. 2010. *Deutsche Zweifelt – Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit? Bilanz der Vereinigungspolitik*. Köln: PapyRossa Verlag.
- Backes, Uwe. 2009. Hybrides System des untergehenden Staates: Die DDR 1989-1990. In *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa*, Hrsg. Jerzy Maćków, 57-85. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bender, Peter. 1989. *Deutsche Parallelen. Anmerkungen zu einer gemeinsamen Geschichte zweier getrennter Staaten*. Berlin: Siedler Verlag.
- Bender, Peter. 2006. *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Bender, Peter. 2007. *Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945-1990*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Beyme, Klaus von. 1994. *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beyme, Klaus von. 2010: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blanke, Bernhard, und Hellmut Wollmann (Hrsg.). 1991. *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*, Leviathan Sonderheft 12. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brzezinski, Zbigniew. 1989. *Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems*. Wien: Verlag Carl Ueberreuter.
- Conze, Eckart. 2009. *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München: Siedler Verlag.
- Conze, Eckart, Katharina Gajdukowa, und Sigrid Koch-Baumgarten (Hrsg.). 2009. *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR*. Köln u. a.: Böhlau Verlag.
- Czada, Roland, und Hellmut Wollmann (Hrsg.). 2000: *Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit*, Leviathan Sonderheft 19. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Dalos, György. 2009. *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*. München: C. H. Beck.
- Eisenfeld, Bernd, und Roger Engelmann. 2001. *13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung*. Bremen: Temmen Verlag.
- Gehrke, Bernd. 1999. 1989 und keine Alternative? In ...*das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende*, Hrsg. Bernd Gehrke und Wolfgang Rüdtenklau, 417-440. Münster: LIT Verlag.
- Gehler, Michael. 2010. *Deutschland. Von der Teilung zur Einigung – 1945 bis heute*. Köln u. a.: Böhlau Verlag.
- Geisel, Christof. 2005. *Auf der Suche nach dem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Oppositionellen in den achtziger Jahren*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Gensicke, Thomas. 1992. Mentalitätswandel und Revolution. Wie sich die DDR-Bürger von ihrem System abwandten. *Deutschland Archiv* 25:1266-1283.
- Glæßner, Gert-Joachim (Hrsg.). 1988. *Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Glæßner, Gert-Joachim. 1989. *Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Glæßner, Gert-Joachim. 1995. Das Ende des Kommunismus und die Sozialwissenschaften. *Deutschland Archiv* 28:920-936.

- Görtemaker, Manfred. 1999. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. München: C. H. Beck.
- Görtemaker, Manfred. 2009. *Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung*. Berlin: be.bra Verlag.
- Grosser, Dieter. 1998. *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Hacker, Jens. 1992. *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*. Berlin: Propyläen Verlag.
- Hartmann, Jürgen. 2007. *Persönlichkeit und Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.). 2009. *Revolution und Vereinigung 1989/1990. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Hertle, Hans-Hermann. 1999. *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hertle, Hans-Hermann. 2009. *Chronik des Mauerfalls, Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Hirschman, Albert O. 1993. Exit, Voice, and the Fate of the German Democratic Republic. An Essay in Conceptual History. *World Politics* 45:173-202.
- Hüttmann, Jens. 2008. *DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung*. Berlin: Metropol Verlag.
- Ipsen, Jörn. 2009. *Der Staat der Mitte. Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. München: C. H. Beck.
- Jäger, Wolfgang. 1998. *Die Überwindung der deutschen Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Jesse, Eckhard (Hrsg.). 2006. *Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Jesse, Eckhard. 2010. *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90*. Köln u. a.: Böhlau Verlag.
- Jesse, Eckhard, und Thomas Schubert (Hrsg.). 2010. *Zwischen Konfrontation und Konzession*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Kielmansegg, Peter Graf. 2007. *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945-1990*. München: Siedler Verlag.
- Kloth, Hans Michael. 2000. *Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Köcher, Renate (Hrsg.). 2009. *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009*, Bd. 12. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Korte, Karl-Rudolf. 1998. *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Lorenz, Astrid (Hrsg.). 2011. *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*. Opladen: Barbara Budrich.
- Löwenthal, Richard, und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.). 1974. *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*. Stuttgart: Seewald Verlag.
- Mayer, Tilman, und Volker Kronenberg (Hrsg.). 2009. *Streitbar für die Demokratie. „Bonner Perspektiven“ der Politischen Wissenschaft und Zeitgeschichte 1959-2009*. Bonn: Bouvier Verlag.

- Merkel, Wolfgang 2010. *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meuschel, Sigrid. 1991. Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation. In *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*, Hrsg. Wolfgang Zapf, 558-571. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Münkler, Herfried. 2010. *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*. Berlin: Rowohlt.
- Neller, Katja. 2006. *DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neubert, Ehrhart. 1997. *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Neubert, Ehrhart. 2008. *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*. München: Piper Verlag.
- Paqué, Karl-Heinz. 2009. *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit*. München: Hanser Verlag.
- Plato, Alexander von. 2010. *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Pollack, Detlef. 1999. Der Zusammenbruch der DDR als Verkettung getrennter Handlungslinien. In *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Hrsg. Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow, 41-81. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Port, Andrew. 2010. *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Quadbeck, Ulrike. 2008. *Karl Dietrich Bracher und die Anfänge der Bonner Politikwissenschaft*. Baden-Baden: Nomos.
- Richter, Michael. 2004. *Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Richter, Michael. 2006. Die doppelte Demokratisierung. Eine ostdeutsche Besonderheit der Transition. *Totalitarismus und Demokratie* 3:79-98.
- Richter, Michael. 2009. *Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ritter, Gerhard A. Ritter. 2007. *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*. München: C. H. Beck Verlag.
- Rödter, Andreas. 2009. *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München: C. H. Beck Verlag.
- Rotter, Bernd. 2000. Gilt das gesprochene Wort? Wann und wo sagte Willy Brandt „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“? *Deutschland Archiv* 33:90-93.
- Rüddenklau, Wolfgang. 1992. *Störenfried. DDR-Opposition 1986-89*. Berlin: BasisDruck.
- Sarrazin, Thilo. 1994. Die Entstehung und Umsetzung des Konzepts der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion. In *Tage, die Deutschland und die Welt verändern. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*, Hrsg. Theodor Waigel und Manfred Schell, 160-225. München: Stiebner Verlag.
- Schmidt, Manfred G. 2011. *Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder*. München: C. H. Beck Verlag.
- Schroeder, Klaus. 2000. *Der Preis der Einheit. Eine Bilanz*. München: Carl Hanser Verlag.

- Schroeder, Klaus. 2006. *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. München: Ernst Vögel Verlag.
- Schroeder, Klaus. 2010. *Das neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört*. Berlin: wjs Verlag.
- Schröder, Richard. 2007. *Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit*. Freiburg i. Br.: Herder Verlag.
- Schuller, Wolfgang. 2006. *Das Sichere war nicht sicher. Die erwartete Wiedervereinigung. Gesammelte Aufsätze, Artikel und Ansprachen*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Schuller, Wolfgang. 2009. *Die deutsche Revolution 1989*. Berlin: Rowohlt Verlag.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.). 2008. *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*. Köln u. a.: Böhlau Verlag.
- Süß, Walter. 1999. *Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Teltschik, Horst. 1991. *329 Tage. Innenansichten der Einigung*. Berlin: Siedler Verlag.
- Thaysen, Uwe. 1990. *Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Thaysen, Uwe. 1998. Wege des politischen Umbruchs in der DDR. Der Berliner und der Dresdner Pfad der Demokratiefindung. In *Berlin*, Hrsg. Karl Eckart und Manfred Wilke, 69-90. Berlin: Duncker & Humblot.
- Thaysen, Uwe (Hrsg.). 2000. *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente*. 5 Bde. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Tuchscheerer, Heike. 2010. *20 Jahre vereinigtes Deutschland: eine „neue“ oder „erweiterte Bundesrepublik“?*. Baden-Baden: Nomos.
- Wolle, Stefan. 1998. *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Wolle, Stefan. 2011. *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Zelikow, Philip, und Condoleezza Rice. 1999. *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*. Berlin: Propyläen Verlag.

Autorenangaben:

Prof. Dr. Eckhard Jesse,
Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft, Straße der Nationen 62, 09111 Chemnitz,
eckhard.jesse@phil.tu-chemnitz.de